

Wirtschaft

Gewappnet für die Inflation

Die Preise steigen wieder stärker. Was das für Anleger und Kreditnehmer bedeutet

VON SEBASTIAN WOLFF

Für viele junge Leute dürfte der Begriff Inflation so etwas wie ein Fremdwort sein. Kein Wunder: Seit Jahren sind die Preise in Deutschland praktisch stabil. Die jährliche Inflationsrate liegt bei deutlich unter einem Prozent. Doch damit könnte es bald vorbei sein. Der Hauptgrund: Die Energiepreise steigen wieder – allen voran der Ölpreis. Wenn die Verbraucher sich nun aber tatsächlich wieder dauerhaft auf höhere Inflationsraten einstellen müssen, steigen nicht nur die Kosten für die Lebenshaltung. Kehrt die Inflation zurück, hat das auch Folgen für die Ersparnisse genauso wie für die Schulden jedes Einzelnen. Die Berliner Zeitung hat Vermögensverwalter befragt, was sie ihren Kunden in dieser Situation raten.

Auch die Zinsen könnten steigen: Michael Piesche, Geschäftsstellenleiter der Unikat Vermögensverwaltung in Schweningen, ist überzeugt davon, dass die Zeit der Preisstabilität vorbei ist: „Die Öl- und Rohstoffkurse erholen sich, und die Löhne steigen. Von daher spricht sehr viel für wieder anziehende Inflationsraten“, erklärt Piesche.

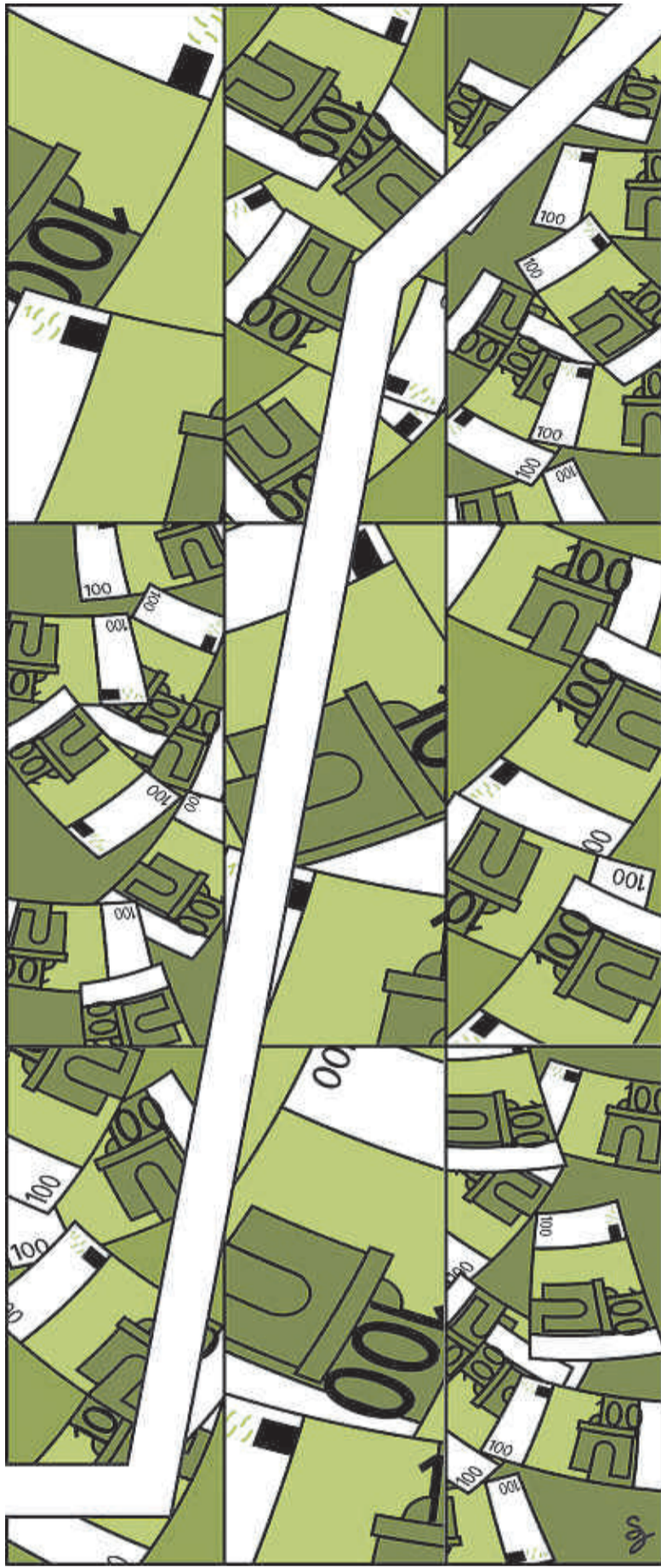
Noch einen Schritt weiter geht Michael Dutz, Vorstand der Adlatius Vermögensverwaltung in Chemnitz. „Die Inflation wird im kommenden Jahr deutlich – auf bis zu zwei Prozent – steigen“, ist er überzeugt. Ursächlich dafür seien neben den steigenden Energiekosten vor allem die höheren Mieten.

Infolgedessen, so Dutz, sei auch ein Wiederanstieg der Zinsen zu erwarten. Aktuell ist das Zinsniveau für Spareinlagen, Tagesgeld und Bundesanleihen praktisch bei null. Banken müssen derzeit sogar Strafzinsen zahlen, wenn sie ihr Geld über Nacht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) parken. Dutz erwartet allerdings, dass der Zinsanstieg mit Verzögerung erfolgt. Er rechnet damit, dass die EZB die Leitzinsen ab dem Jahr 2018 wieder anzuheben beginnt und dann sukzessive in kleinen Schritten von 0,25 Prozentpunkten weiter erhöht.

Das Risiko bei Bundesanleihen: Kommt es so, wie Dutz vermutet, müssen Anleger, die Bundesanleihen im Depot halten, mit erheblichen Kursverlusten rechnen. Denn steigt das allgemeine Zinsniveau, sinkt in der Regel der Kurs der Anleihen, die bereits am Markt gehandelt werden: Denn diese schlecht oder gar nicht verzinsten Anleihen finden dann nur noch zu einem niedrigeren Kurs Käufer.

Dutz empfiehlt Anlegern denn auch, sich schon heute von Bundesanleihen und anderen als sicher geltenden festverzinslichen Wertpapieren zu trennen: „Da solide Anleihen aktuell keine Rendite bringen, macht es keinen Sinn, diese zu halten“, sagt der Vermögensverwalter. „Aufkommende Inflation würde diese Situation noch verschärfen und den Verkaufsdruck erhöhen.“ Stattdessen empfiehlt Dutz den Kauf von speziellen Anleihen, deren Kurs auch bei steigender Inflation nicht unter Druck gerät: sogenannte Inflationschutzanleihen. Deren Zins ist nämlich an die Inflationsrate gekoppelt und gleicht somit die Inflation aus.

Des Weiteren kommen für Dutz renditestarke Immobilien infrage –



INFLATIONSSICHERE PRODUKTE

Gold: Viele Experten empfehlen Anlegern, einen Teil ihres Geldes zum Schutz vor Inflation in Form von Gold zu investieren. Der Düsseldorfer Vermögensverwalter Frank Wieser ist allerdings anderer Ansicht: „Statistiken zeigen, dass Gold ein Krisen- und kein Inflationsschutz ist.“

Immobilien: Auch Immobilien werden immer wieder als inflationsgeschützte Geldanlagen bezeichnet. Doch auch auf diesem Feld ist Wieser mittlerweile skeptisch, denn die Preise seien schon enorm gestiegen: „Man kann hier inzwischen nur noch selektiv in bestimmte Objekte investieren“, sagt Wieser.

Dividendenstarke Aktien: Eine sinnvollere Geldanlage zum Schutz gegen Inflation sind aus Wiesers Sicht Qualitätsaktien, die hohe Dividenden ausschütten: „So hat man hohe Qualität, gekoppelt mit einer ordentlichen Ausschüttung“. Zu den dividendenstärksten deutschen Aktien zählen Allianz, Daimler und BASF.

Geschlossene Immobilienfonds: „Wer als Anleger auch einmal ungewöhnliche Wege gehen möchte, kann sich auf dem Zweitmarkt für geschlossene Immobilienfonds umschauen“, sagt der Vermögensverwalter. Dort könnten Anleger bisweilen bewährte Immobilienfonds mit einem Preisabschlag gegenüber ihrem tatsächlichen Marktwert erwerben.

für diejenigen, die es sich leisten können. Für weniger gut betuchte Anleger empfiehlt er den Kauf von erfolgreichen Mischfonds. Auch Zinsanlagen in Fremdwährungen kommen für den Experten infrage. Denn manche Länder zahlen noch heute sehr attraktive Zinssätze. Dutz denkt hier vor allem an Anlagen in australischen Dollar sowie in neuseeländischen Dollar.

Wer Fremdwährungsanleihen kauft, muss sich allerdings immer darüber im Klaren sein, dass er dabei ein Währungsrisiko eingeht: Unter Umständen kann es passieren, dass der Kurs der Währung, in die der Anleger investiert, so stark fällt, dass dies durch den höheren Zinssatz der Anleihen nicht ausgeglichen wird. Dann erleidet der Anleger Verluste.

Die Folgen für Kreditnehmer: Auch für Kreditnehmer hätte ein Wiederanstieg der Inflation – womöglich sogar gravierende – Folgen. Denn der daraus resultierende Anstieg der Zinsen erhöht ihre monatlichen Raten unter Umständen erheblich. Das fällt vor allem bei Immobilienkrediten erheblich ins Gewicht, wo es in der Regel um hohe Summen geht.

Doch Kreditnehmer können sich gegen ein solches Zinserhöhungsrisiko schützen. Vermögensverwalter Dutz empfiehlt bei Darlehen mit einer Restlaufzeit von maximal zwei Jahren den Abschluss eines sogenannten Forward Darlehens bei seiner Bank. Damit sichert sich der Kunde langfristig das derzeit niedrige Zinsniveau. Diese Absicherung lässt sich die Bank natürlich in Form einer nicht unerheblichen Gebühr entgelten. Doch es kann sich lohnen, diese Gebühr in Kauf zu nehmen, wenn man auf der anderen Seite dadurch deutlich mehr Geld in Form von niedrigen Zinsen spart.

Was andere Experten sagen: Nicht alle von der Berliner Zeitung befragten Vermögensverwalter gehen bei ihren Inflationsprognosen so weit wie Michael Dutz und Michael Piesche. Entsprechend weichen ihre Handlungsempfehlungen für Anleger auch etwas von den anderen ab.

Ingo Schweitzer zum Beispiel, Vorstand der Anceka Vermögensbetreuung in Kaufbeuren, rechnet jedenfalls kurzfristig nur mit einem moderaten Preisauftrieb und infolgedessen auf absehbare Zeit auch nicht mit steigenden Zinsen. Entsprechend rät er Anlegern auch nicht grundsätzlich vor Anleihen ab, empfiehlt aber nur Laufzeiten bis maximal fünf Jahre. Denn bei länger laufenden Anleihen sei das Risiko steigender Zinsen dann doch zu hoch. Bauherren empfiehlt er ebenfalls, über ein Forward-Darlehen nachzudenken.

Frank Wieser, Geschäftsleiter der PMP Vermögensmanagement in Düsseldorf, glaubt sogar, dass die Inflationsraten noch lange niedrig bleiben. Sein Argument: „In Zeiten einer vernetzten Wirtschaft können einheimische Anbieter ihre Preiserhöhungen kaum noch durchsetzen – viel zu schnell würde ein ausländischer Konkurrent den Preis unterbieten.“ Deshalb rechnet er auch damit, dass die Zinsen auf Jahre hinaus niedrig bleiben werden. Entsprechend hält er sichere Anleihen auch heute noch für keine schlechte Wahl. Nur ultralange Laufzeiten von mehr als 30 Jahren würde er meiden.



Die Lufthansa-Piloten verdienen gut, doch aus ihrer Sicht nicht gut genug.

Bei Lufthansa drohen erneut Streiks

Pilotengewerkschaft erklärt Scheitern der Verhandlungen

VON FRANK-THOMAS WENZEL

Kunden der Lufthansa müssen wieder mit Flugausfällen rechnen. Die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) hat das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt. „Damit ist ab sofort bei Lufthansa und Lufthansa Cargo mit Arbeitskämpfmaßnahmen zu rechnen“, teilte die VC am Montagmittag mit. Die Dauer und der Umfang der Streiks werde mit einem Vorlauf von 24 Stunden bekannt gegeben. Immerhin soll Weihnachten nicht gestreikt werden.

Seit über fünf Jahren hat es für die Lufthansa-Piloten keine Gehaltserhöhungen mehr gegeben – allerdings liegt das Niveau ihrer Bezahlung auch extrem hoch. So können Piloten bei der Lufthansa mehr als 200 000 Euro brutto im Jahr verdienen. Bei den Konkurrenten der Lufthansa verdienen die Piloten erheblich weniger. Die VC macht allerdings darauf aufmerksam, dass die Lufthansa im gleichen Zeitraum einen Gewinn von über fünf Milliarden Euro eingeflogen habe. Darüber hinaus habe die Inflation in dieser Zeit zu einem deutlichen Kaufkraftverlust geführt. Dieses Argument dürften die Arbeitgeber kaum gelten lassen: Gab es in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren doch praktisch keine Teuerung.

Verfahren Situation

„Reallohnverzicht ist in Zeiten, in denen ein Unternehmen Gewinne schreibt, nicht akzeptabel“, argumentierte Ilja Schulz, VC-Präsident. Er fügt hinzu: „Wir gewährleisten mit unserer Professionalität sichere Flüge und tragen so zum Erfolg der Lufthansa ganz wesentlich bei. Dass Lufthansa so stur reagiert, während wir mit unserer Forderung unter den Forderungen anderer Gewerkschaften in Deutschland liegen, ist mir unbegreiflich.“

Die Gewerkschaft fordert Gehaltserhöhungen von insgesamt mehr als 20 Prozent über mehrere Jahre. Das entspricht einer jährlichen Steigerung von rund 3,66 Prozent. Die Lufthansa hat sich unterdessen bemüht, einen erneuten Arbeitskämpf ihrer Piloten mit einer Schlichtung abzuwenden. Man habe der Gewerkschaft am Montag zwei konkrete Schlichter vorgeschlagen, sagte ein Unternehmenssprecher, ohne Namen zu nennen. Der Lufthansa-Sprecher verwies auf die erfolgreiche Schlichtung für das Kabinenpersonal unter dem SPD-Politiker Matthias Platzeck. „Es ist absolut unverständlich, warum die VC Streiks androht, die erneut auf dem Rücken unserer Kunden ausgehen werden, anstatt mit uns in eine Schlichtung zu gehen“, so Luftnansa-Personalvorstand Bettina Volken.

Nach bislang 13 Streikkampagnen ist die Lage zwischen den Piloten und dem Unternehmen total verfahren. Mit der Altersversorgung und den Übergangrenten sind zentrale Themen ungeklärt. Auch hatte die VC vergeblich versucht, die Arbeitsbedingungen für Piloten bei der Billigtochter Eurowings auszuhandeln. Lufthansa lehnt es ab, die dortigen Piloten nach dem teuren Lufthansa-Regelwerk zu beschäftigen. Der alte Tarifvertrag war im Frühjahr 2012 ausgelaufen.

Zuletzt hatten die Lufthansa-Piloten im September vergangenen Jahres die Arbeit niedergelegt. Das Landesarbeitsgericht Hessen hatte ihren Streik allerdings als unrechtmäßig gestoppt, weil mit dem Streit um Eurowings Themen verhandelt würden, die nichts mit Tarifverhandlungen zu tun hätten, argumentierte das Gericht. (mit dpa)

NACHRICHTEN

Abwärtstrend bei RWE setzt sich fort

Die Talfahrt des Energiekonzerns RWE geht auch nach der Neuausrichtung weiter. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sackte der Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebitda) um 13 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro ab, wie das Dax-Unternehmen am Montag mitteilte. Hauptgrund ist der Verfall der Strompreise im Großhandel, der die Ergebnisse der Kraftwerkssparte belastet. Unter dem Strich steht für RWE nach neun Monaten nur noch ein Mini-Gewinn von elf Millionen Euro. Im Vorjahreszeitraum hatte der Überschuss noch 1,9 Milliarden Euro betragen, was aber vor allem an Einmalgewinnen aus dem Verkauf von Randgeschäften lag. (dpa)

Samsung attackiert Bosch mit Milliarden-Zukauf

Mit einer Milliarden-Übernahme greift Samsung deutsche Autozulieferer wie Bosch und Continental an. Der Smartphone-Weltmarktführer kündigte am Montag den Kauf des US-Unternehmens Harman International Industries an, mit der seine Präsenz bei der Vernetzung von Fahrzeugen massiv ausweitet. Dafür legt Samsung acht Milliarden Dollar in bar auf den Tisch. Harman-Produkte werden in mehr als 30 Millionen Autos verwendet, unter anderem von BMW, Volkswagen und Toyota. (Reuters)

Chinas Wirtschaft auf Erholungskurs

In China deuten jüngste Daten auf eine Stabilisierung der Wirtschaft hin. Die Investitionen in Fabriken, Maschinen und andere Sachanlagen kletterten stärker als erwartet, wie aus am Montag veröffentlichten Zahlen der Regierung hervorgeht. Von Januar bis Oktober betrug der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei 8,3 Prozent und damit über den Expertenprognosen. Staatsunternehmen steigerten ihre Investitionen um 20,5 Prozent und damit rund sieben Mal stärker als die Privatwirtschaft. Bei vielen von der Regierung beschlossenen Verkehrsprojekten kommen staatliche Firmen zum Zuge. (Reuters)

BMW will deutlich mehr Elektrofahrzeuge verkaufen



DPA/PETER ENDIG

Ein BMW-Elektrofahrzeug vom Typ i3

BMW will dieses Jahr 60 000 und im nächsten Jahr 100 000 elektrifizierte Autos verkaufen, also reine Elektrofahrzeuge und Hybride, die einen Elektro- und Verbrennungsmotor haben. Das kündigte BMW-Chef Harald Krüger in der Süddeutschen Zeitung an. Der Münchner Autokonzern hat derzeit sechs Plug-in-Hybride sowie den batteriegetriebenen Kleinwagen i3 im Angebot. „Die Elektromobilität wird kommen, aber noch geht die Nachfrage nicht durch die Decke“, so Krüger. Die Kaufprämie reiche nicht, es brauche auch eine flächendeckende Infrastruktur. Bislang gibt es bundesweit knapp 3 000 öffentlichen Strom-Ladesäulen mit 6 500 Steckdosen. (dpa)

Fischbestände in Europa in schlechtem Zustand

Die überwältigende Mehrheit der Fischbestände in Europa befindet sich in einem schlechten Zustand. Rund 85 Prozent der Bestände in EU-Gewässern seien wegen Überfischung beeinträchtigt, teilte die Meeresschutz-Organisation Oceana mit. Mit nachhaltigeren Fangmethoden könnten die Bestände – etwa von Dorsch in der Nordsee – jedoch erheblich gestärkt werden, so Oceana. Die jährlichen Fangmengen könnten dadurch um fünf Millionen Tonnen angehoben werden. Dafür müssten Laichgebiete und Jungtiere konsequenter geschützt werden. (dpa)

Bodenlang statt bauchfrei

Die Modebranche entdeckt das Geschäft mit wohlhabenden muslimischen Kundinnen



DPA/DOLCE & GABBANA

Outfit von Dolce & Gabbana für die modebewusste Muslima

Kleidung aus – elf Prozent der globalen Modeausgaben. Bis zum Jahr 2021 sollen die Ausgaben von Muslimen für Mode sogar auf 368 Milliarden US-Dollar steigen.

Es liegt also auf der Hand, warum das Fortune Magazin muslimische Frauen „den nächsten großen unerschlossenen Modemarkt“ nennt. Bislang haben sich aber nur wenige westliche Modefirmen auf dem Markt versucht. DKNY, Burberry und Tommy Hilfiger brachten Kollektionen zu Ramadan raus, dem islamischen Fastenmonat. Mango präsentierte als erste günstigere Modemarke eine Kollektion, ebenfalls zum Fastenmonat. Und der japanische Mode-Riese Uniqlo arbeitete mit der muslimischen Designerin Hana Tajima zusammen, um eine Kollektion an Kopftüchern und Kleidungsstücken zu produzieren.

Allerdings war die Reichweite dieser Linien bislang gering. Die meisten waren nur im Nahen Osten verfügbar. Dolce & Gabbanas Kopftücher und Abajas können dem Unternehmen zufolge nur in den Vereinten Arabischen Emiraten sowie in einigen ausgewählten Boutiquen etwa in Paris und Mailand gekauft werden. Mit ihren Kollektionen sprechen die Luxuslabels zudem nur einen Bruchteil der muslimischen Konsumentinnen an – die, die sich eine Abaja für mehrere Tausend US-Dollar leisten können.

Im Westen zeigten sich allerdings viele Muslimas skeptisch. Kritisiert wurde etwa, dass die Designer ihre Bedürfnisse nicht wirklich verstünden: Die meisten gläubigen Muslimas würden weder ein langes Kleid mit Schlitz noch rückenfreie oder ärmellose Oberteile tragen. (dpa)